

Zeitschrift: Technische Mitteilungen / Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung = Bulletin technique / Administration des télégraphes et des téléphones suisses = Bollettino tecnico / Amministrazione dei telegrafi e dei telefoni svizzeri

Herausgeber: Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung

Band: 21 (1943)

Heft: 3

Artikel: Telephonentwicklung und Telephontarife

Autor: Muri, A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-873151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bauinspektion Zürich durch Handwerker am Platze unter Rücksicht auf den Betrieb und in gutem Einvernehmen mit den Organen der Telephonverwaltung in einem Zeitraum von mehr als drei Jahren etappenweise und reibungslos durchgeführt worden.

Die mit der Automatisierung der Zentrale Chur im Gebiete dieses Fernknotenamtes im Zusammenhang stehenden Anlagen sind von den bekannten Werken für Telephonie und Präzisionsmechanik *Hasler A.G. Bern* erstellt und betriebsbereit übergeben worden. Die Vorbereitungen sowie die Arbeiten in der Fabrik und auf dem Platze selber fallen ganz in die Zeit der gegenwärtigen Mobilisation. Es ist ein erfreuliches Zeichen, dass die Automatisierung des schweizerischen Telephonnetzes trotz ungünstigen Verhältnissen einen bemerkenswerten Schritt vorwärts gekommen ist: im letzten der 10 Fernknotenämter ist nun die Handzentrale durch ein automatisches Amt ersetzt worden.

* * *

Unser Land wäre nicht ein Verkehrsland erster Ordnung geworden ohne die Schaffung bester Verkehrsmittel. Unter diesen ist das Uebertragungsmittel des Wortes ebenso wichtig wie die übrigen. Für Graubünden, dieses weite, abgelegene Bergland, ist es von doppelter Bedeutung: es verbindet die Bewohner bequem untereinander und mit der Aussenwelt. Es ist schon bald Gemeingut wie elektrisches Licht und fliessendes Wasser. Es verschafft auch selber Arbeit und Verdienst im ganzen Lande herum. In aufbauender Zusammenarbeit haben Staat, Privatindustrie und Gewerbe ein grosses Werk geschaffen, das sich noch weiter entwickeln wird.

Eine berufene Feder schrieb im Jahre 1936 in der „Neuen Zürcher Zeitung“:

„Bis jetzt waren unsere Telephoneinrichtungen vorbildlich und der Zeit angepasst. Sorgen wir dafür, dass sie es auch in Zukunft bleiben. Dann können wir auch mit dem Auslande Schritt halten und den Verkehr im eigenen Lande sowie mit den andern Ländern des Kontinents und der Uebersee im In-



Abb. 21. Blick von einer bündnerischen Landzentrale aus.

teresse unserer Handels- und Industriebeziehungen zur vollen Befriedigung bewältigen. Schon jetzt dringt die menschliche Stimme mit der Geschwindigkeit des Lichtes über den Atlantischen Ozean, quer durch unsern Erdteil nach den andern, und über 32 Millionen Teilnehmer sind an das Riesennetz angeschlossen. Sicher werden noch grössere Dinge folgen.“

Hi.

Telephonentwicklung und Telephontarife.

Ansprache von Herrn Dr. A. Muri, Chef der Technischen Abteilung der GD PTT, an der Generalversammlung der „Pro Telephon“ am 29. April 1943 in Biel.

654.15.03

Es ist bereits zur Tradition geworden, dass an der Generalversammlung ein Vertreter der Telephonverwaltung das Wort ergreift, um Sie in aller Kürze über das vergangene Jahr zu orientieren. Vorerst möchte ich dem Vorstande, und vorab den Herren Präsidenten und dem Herrn Sekretär, für ihre vorzügliche Geschäftsführung meinen herzlichsten Dank aussprechen. Ganz speziell möchte ich hier das grosse Verständnis, das Herr Stadler der Verwaltung in bezug auf die sogenannten Edelmetalle entgegengebracht hat, erwähnen, ein Entgegenkommen, das uns gestattet hat, ohne grosse Komplikationen und Papierkrieg unseren Verpflichtungen gegenüber der Wirtschaft weitgehend nachzukommen.

Was nun das abgelaufene Jahr anbetrifft, so darf ich wohl betonen, dass der Kampf des Schweizervolkes um Existenz und Ernährung durch den unseligen Weltkrieg noch weiter verschärft worden ist. Die starken und ausgedehnten Blockaden der kriegsführenden Staaten schnüren unser Land immer mehr vom Welthandel ab und zwingen uns zu weitgehender Selbstversorgung. Es darf wohl als eine erfreuliche Tatsache empfunden werden, dass, nach den stetsfort wachsenden Bedürfnissen nach raschen und

guten Verbindungen im Zusammenhang mit der inneren Konstellation, Telegraph und Telephon an den grossen Bemühungen von Regierung und Volk mithelfen konnten, der Heimat in sorgenvollen Zeiten durch kräftige Förderung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Arbeit und Ernährung zu sichern, und das mit Aufgaben und Pflichten schwer beladene Schiff des Schicksals durch die schweren Stürme der gegenwärtigen Tragödie zu lenken.

Wir sind aber heute bald am Ende der Möglichkeiten angelangt; die vor Jahren angelegten Reserven, sei es im Material oder im Leitungsnetz, schmelzen wie Schnee im Föhnsturm und die Bedürfnisse des Nachrichtendienstes sind immer noch im Wachsen begriffen. Diese Gegensätze treten immer deutlicher zutage. Trotz dieser teilweise bedenklichen Lage wollen wir unsern Optimismus nicht fallen lassen, denn gerade in schwierigen Zeiten stellen sich interessante Probleme, die man kaltblütig bemeistern soll und die den vielleicht manchmal etwas eintönigen Verwaltungsdienst neu beleben und Ansporn geben zu neuen Methoden und Eingriffen in neue Gebiete der Technik. Kein Mittel darf versäumt werden,

um trotz Verkehrszunahme den erreichten Grad der Sprachübermittlung aufrechtzuerhalten und unserem Volke auch fürderhin das Beste zu bieten.

Wie letztes, will ich Ihnen auch dieses Jahr einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht der Telephonverwaltung mitteilen, die Sie interessieren dürften:

Die Telephoneinnahmen sind um 11 Millionen Fr. grösser als im Vorjahr und ergaben einen Gesamtbetrag von 129 Millionen Franken, von denen zwei Drittel auf Gesprächstaxen und ein Drittel auf Abonnementsgebühren entfallen. Die Gesamtbetriebs-einnahmen betragen 166,3 Millionen Fr. gegen 152,7 Millionen im Jahre 1941, also ein Plus von 13,6 Millionen Franken. Diesen Einnahmen stehen Personal- und Sachausgaben von 82,7 Millionen Fr. gegenüber, so dass der Ueberschuss der Betriebseinnahmen 83,6 Millionen beträgt. Die Schuldkapitalzinsen und die Abschreibungen belaufen sich auf rund 67,5 Millionen Fr., und 16,1 Millionen Fr. konnten als Nettoertrag dem eidg. Finanzdepartement zugewiesen werden. Die Verwaltung hat bis 1943 dem Bund, ausser den Zinsen für das Schuldkapital, 152,6 Millionen Franken an Gewinn abgeliefert; der Bund musste in den schlechten Jahren 1898—1904 und 1921 mit Fr. 8,6 Millionen die Defizite decken, so dass der Bundeskasse bis heute netto 144 Millionen Franken abgeliefert wurden. Hätten wir die herausgewirtschafteten Gewinne behalten können, so wären wir heute so gut wie schuldenfrei. — Die Ortsgespräche sind von 206,5 Millionen auf 226,8 Millionen und die inländischen Ferngespräche von 132 auf 146,4 Millionen angewachsen, also um 20 und 14 Millionen gestiegen. Der internationale Verkehr hat sich infolge der Zensurmassnahmen nicht gebessert und ist mit 1,1 Millionen Gesprächen ziemlich stabil geblieben. Der Ueberseeverkehr mit Nordamerika ist seit der Kriegserklärung Japans bedeutend zurückgegangen; nur Argentinien und Lissabon weisen eine erfreuliche Zunahme auf. Die Gesprächsdichte, d. h. die auf einen Hauptanschluss fallende durchschnittliche Gesprächszahl, beträgt 1094 (1051).

Der Personalbestand der Telegraphen- und Telephonverwaltung betrug insgesamt 5034 (5006) Arbeitskräfte. Davon waren 399 (399) bei der Zentralverwaltung und 644 (645) im Verwaltungsdienst der Telephondirektionen und -ämter tätig. Die Regie beschäftigte 1434 (1436) Handwerker. Im Telegraphendienst waren 189 (184) männliche und 207 (226) weibliche Bedienstete tätig, im Zustelldienst 173 (168) Unterbeamte und 161 (169) Laufburschen, zusammen 730 (746) Köpfe. Im Telephondienst wurden 1766 Telefonistinnen beschäftigt.

Zahl der Bauverträge für Leitungsbau	77
Kosten der Bauverträge für Leitungsbau	1,15 Mill. Fr.
Zahl der Bauverträge für unterirdische Anlagen	225
Kosten der Bauverträge für unterirdische Anlagen	2,80 Mill. Fr.
Installationsgewerbe	1,90 Mill. Fr.
83% der Aufträge durch Installatoren	

	Gegenüber	1941	1942	Vorjahr
Neue Teilnehmer	29 114	32 481	+12	%
Neue Sprechstellen	49 360	54 852	+11	%
Rücktritte Teilnehmer	15 696	13 708	-12½	%
Rücktritte Sprechstellen	25 837	22 583	-12½	%
Nettozuwachs Teilnehmer	13 418	18 776	+40	%
Nettozuwachs Sprechstellen	23 523	32 269	+37	%

Gesamtzahl der Teilnehmeranschlüsse	342 376 (323 600)	(Vorjahr)
Gesamtzahl der Sprechstellen	529 830 (497 561)	
Anlagewert der Teilnehmerinrichtungen	92 Mill. (86,6 Mill.)	
oder Fr. 173 pro Sprechstelle.		

Die Telephondichte auf 100 Einwohner ist von 11,7 auf 12,4 angewachsen.

Vor 10 Jahren waren bei einem Bestand von 223 000 Teilnehmern zur Bewältigung eines Verkehrs von 248 Millionen Gesprächen 1977 Arbeitskräfte erforderlich. Heute wird der Betrieb bei 342 000 Teilnehmern und 375 Millionen Gesprächen, also 53% Teilnehmer und 51% Gespräche mehr, zu denen noch 8% Militärgespräche kommen, mit einem um 211 Köpfe kleineren Personalbestand (1766 statt 1977) bewältigt. Das übrige besorgen die Automaten.

Für den gesamten Telegraphenverkehr von 3,2 Millionen Telegrammen beschäftigte die Verwaltung 730 Beamte und Laufburschen und mit Radio-Schweiz A.-G. zusammen rund 1000 Köpfe. Der gesamte Telephonverkehr von 375 Millionen Gesprächen hingegen beanspruchte nur 1766 Telefonistinnen, d. h. für eine Million Telegramme braucht es 310 Personen, während für eine Million Telephon Gespräche nur 4,7 Personen nötig sind, d. h. 66 mal weniger. Der Unterschied ist gewaltig und zeigt unzweideutig, wie die Personalausgaben den Telephonverkehr kaum merklich belasten, während dies beim Telegraphen wie auch bei der Post nicht zutrifft und dort sofort das Betriebsergebnis stark beeinflusst.

In diesem Zusammenhang und weil die Diskussion der Tarife der öffentlichen Betriebe heute wohl aktuell ist — man spricht von Erhöhung der Bahntarife usw. — darf ich hier einige Worte über die Tarifgestaltung der Telephonverwaltung einfliechten. Diese Frage beschäftigt heute mehr als früher weite Kreise des Handels und der Industrie, und zwar nicht nur wegen der Höhe der einzelnen Sätze und der Form des Tarifes, sondern auch — und das wird vielfach übersehen — wegen des Einflusses des Tarifes auf die Privatindustrie, wie Apparaten- und Kabelfabriken, Zement- und Tiefbauunternehmen.

Ein vernünftiger Tarif muss eine Erweiterung des Telephonnetzes, eine Vermehrung der Sprechstellen und der Zentralen nach sich ziehen. Der Ausbau muss die Schwachstromindustrie beleben. Das Bestreben der Verwaltung, der Wirtschaft immer das Beste zu bieten, schafft doch erst die Bedingung für die Entwicklung der Schwachstromindustrie. Die Tariffrage darf nicht einseitig vom fiskalischen Standpunkt aus beurteilt werden, sondern Tarif und Technik, oder auch Tarif und Wirtschaft hängen untrennbar zusammen. Für die Tarifgestaltung muss hier das Finanzprinzip der öffentlichen Verwaltung als Grundlage dienen, denn die Telephonverwaltung ist eine Bundesinstitution, eine Regieverwaltung mit wirtschaftlichem Charakter. Sie übt als Konzessionsbehörde hoheitliche Aufsichtsrechte aus. Sie hat die Verkehrsbedürfnisse, den Nachrichtenverkehr der Bevölkerung, unmittelbar zu befriedigen. Sie verpflichtet sich Dritten gegenüber zu Leistungen gegen Entgelt, und diese Leistungen haben für die, die sie beanspruchen, einen wirtschaftlichen Wert, nach dem auch der zufordernde Preis sich richtet. Der Umstand, dass die Telephon- wie die Postverwaltung und die SBB ihre Leistungen gegen Entgelt gewäh-

ren, führt dazu, dass ihre Finanzgebarung auf den Grundsatz der Selbsterhaltung einzustellen ist, d. h. die geforderten Taxen und Gebühren sollen zum mindesten den Leistungsaufwand decken. Ist das nicht der Fall, so muss der Bund den Ausfall tragen. Die Wirkung ist dann die, dass der Steuerzahler die Kosten für Aufwendungen zahlen muss, die im privaten und geschäftlichen Interesse einzelner und nicht der Allgemeinheit gemacht worden sind. Umgekehrt muss es als eine ungerechte Belastung, als eine indirekte Steuer empfunden werden, wenn die Erträge ein tragbares Mass überschreiten. Um das eine wie das andere zu vermeiden, muss vorerst festgestellt werden, ob ein Unternehmen mit Gewinn oder Verlust arbeitet. Dazu gehört eine nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rechnungsweise aufgestellte Buchhaltung mit Betriebs- und Gewinn- und Verlustrechnung. Diese Buchhaltung ist bei uns zentralisiert. Die Bauämter reichen der Zentralbuchhaltung bloss einfache Zusammenstellungen ihrer Einnahmen und Ausgaben ein. Mittels der Hollerith-Maschinenanlage stellt die Zentralstelle sodann die Rechnungen auf nach Betrieb, Gewinn und Verlust, Anlagekonto, Materialkonto, nach Hauptrubriken und Hilfsrubriken, nach Telegraph, Telephon und Radiodienst, sowie schliesslich nach Netzgruppen, Ortsnetzen und Bauobjekten. Alle diese Ausscheidungen sind nötig, um jederzeit den Ertrag der verschiedenen Objekte feststellen zu können. Sie geben einen Fingerzeig, wie neue Methoden und hauptsächlich die neue Technik sich auswirken, und nach welcher Richtung und welchen Grundsätzen das Unternehmen entwickelt werden soll. So musste der Grundsatz, nach dem eine Anlage durch eine Neuanlage erst dann zu ersetzen sei, wenn die alte Anlage vollständig amortisiert ist, aufgegeben werden, weil die neue Technik nachweisbar solche Vorteile sowohl in finanzieller als in betriebsfördernder Hinsicht bietet, dass ein Ausfall bei der Abschreibung wohl zu verschmerzen ist. Heute gilt der Grundsatz, dass neue Mittel immer dort anzuwenden sind, wo die Bedürfnisse der Nachrichtentechnik solche verlangen, weil dadurch der Verkehr, und auf das kommt es an, neu belebt und beschleunigt werden kann. Dass dadurch unvermeidliche Verluste in andern Zweigen entstehen, muss mit in Kauf genommen werden, denn sie werden durch die gebotene Weiterentwicklung mehr als wettgemacht. Es ist dies aber auch ein Fingerzeig, dass bei der Nachrichtentechnik mit verhältnismässig hohen Amortisationsansätzen gerechnet werden muss, wenn mit den gewaltigen technischen Neuerungen Schritt gehalten werden soll.

Ich habe diese Erläuterungen hier eingeflochten, um Ihnen klarzumachen, wie wichtig es für eine öffentliche Verwaltung ist, eine gut geführte Buchhaltung nach kaufmännischen Grundlagen zu besitzen, die nicht nur Einnahmen und Ausgaben registriert, sondern über jedes Objekt das Bau, Betrieb und Organisation angeht, Rechenschaft gibt. Auf Grund dieser Angaben können die effektiven Selbstkosten genau ermittelt und die Tarife demgemäß aufgestellt werden. Von 1894 an, und es war dies ein Verdienst der früheren Verwaltungsorgane, hatte man die sogenannte Pauschalgebühr, wie sie heute noch in einigen Ländern praktiziert wird, aber im-

mer mehr verschwindet, abgeschafft. Man ging über zum gerechten System, das die Benutzer nach dem Konsum taxiert, und zwar setzen sich die Taxen zusammen aus einer Grund- und einer Gesprächsgebühr. Die Grundgebühr oder Abonnementstaxe soll die Kosten der technischen Ortsanlage, d. h. Linien und Kabel, und die Kosten für die Teilnehmereinrichtungen decken, während die Gesprächsgebühren die Ausgaben für die Einrichtungen in den Zentralen mit Bedienung und das Fernleitungsnetz zu übernehmen haben.

Wie steht es nun mit den gegenwärtigen Taxen? Ganz allgemein, und trotzdem das Telephon nur 31% höher zu stehen kommt als im Jahre 1895, findet man das Telephon zu teuer. Gemeint sind allerdings gewöhnlich nicht die Gesprächstarife, die man als angemessen in Kauf nimmt, sondern die Abonnementstaxen. Nun betragen aber die Kosten pro Abonnement im Lokalnetz für Linien, Kabel und Stationseinrichtungen rund Fr. 1000.— Wenn wir für Zins 4%, für Amortisation 6%, zusammen = 10% berechnen, was mässig ist, so macht das bereits Fr. 100.— pro Jahr. Dazu kommt noch der Unterhalt der Anlage, der mit Fr. 10.— bescheiden berechnet ist. Die Abonnementstaxe sollte in Wirklichkeit auf Fr. 110.— angesetzt sein, wie das Verkehrsgebot von 1922 es auch vorgesehen hat. Wir bleiben hier also bereits unter den Selbstkosten, und der Ausfall muss durch andere Einnahmen gedeckt werden. Beim Gesprächstarif unterscheiden wir zwischen Orts- und Fernverkehr. Der Ortsverkehr wird mit 10 Rappen taxiert, ohne die Zeitdauer des Gesprächs zu berücksichtigen. Wir haben hier die Dauer — im Gegensatz zu Wien z. B. mit Beschränkung auf 3 Minuten — nicht begrenzt, weil der Abonnent frei über seine Leitung bis zur Zentrale verfügen darf und weil lange Ortsgespräche in Wirklichkeit selten sind. Anders beim Ferntarif, wo Zeitdauer und Entfernung berücksichtigt werden müssen, sollen Leistung und Gegenleistung in ein gerechtes Verhältnis zueinander gebracht werden; denn mit der Entfernung wird nicht nur der Wert der Nachrichtenübermittlung für den Abonnierten vergrössert, sondern auch die Leistung der Verwaltung infolge höherer Kosten wachsen. Je länger die Leitung, um so höher werden die Aufwandkosten, um so teurer wird der Betrieb.

Sie werden mir entgegenhalten, dass Sie alle diese Argumente mehr oder weniger billigen, aber Sie möchten wissen — und das interessiert Sie wohl am meisten — wie es denn mit den Zukunftsaussichten stehe: Es ist heute nicht leicht, eine definitive Prognose in dieser Richtung zu stellen. Es dürfte ganz natürlich erscheinen, dass das Telephon, dem seit 1894 nur eine Erhöhung von 31% beschieden war, versuchen würde, einen Ausgleich im Sinne einer Anpassung an die heutigen Geldverhältnisse zu erreichen, sonst dürfte fast von Rückständigkeit gesprochen werden. Aber nichtsdestoweniger, und vielleicht gerade darum verlangen gewisse Kreise immer wieder Herabsetzung der Taxen. Wenn auch das Unternehmen heute als konsolidiert betrachtet werden darf und die Jahresabschlüsse als günstig zu bezeichnen sind, wäre eine Reduktion der Gebühren im gegenwärtigen Moment ein Fehler. Die heutige

Lage, die Ungewissheit der weitern Entwicklungsmöglichkeiten, die Materialknappheit, die stets steigenden Preise mahnen zur Vorsicht. Sicher ist, dass ein Gebührenausfall nicht durch eine entsprechende Betriebszunahme wettgemacht werden kann. Die seit 1921 zugestandenen Erleichterungen im Betrage von jährlich 18 Millionen Franken haben das neuerdings bestätigt. Es würde aber für die künftige Verkehrslage im Telephonbetrieb wichtig sein, wenn Telegraph und Telephon mit der Zeit schuldenfrei wären. Was das für die Taxgestaltung bedeuten würde, braucht kaum besonders ausgeführt zu werden. Es ist uns seit 1932 gelungen, das Schuldkapital, das damals den hohen Betrag von 350 Millionen Franken erreichte, Jahr für Jahr um einige Millionen abzubauen, und heute beträgt es noch 160 Millionen Franken. Noch einige Jahre Weiterentwicklung und das Endziel, das wir zu erreichen hoffen, wird uns alsdann erlauben, den gewünschten Abbau näher zu untersuchen. Dieser Abbau muss *massiv* sein, wenn er den gewünschten Erfolg haben soll. Reduktionen von 5 bis 10 Franken auf der Abonnementstaxe oder ein kleiner Abbau der Gesprächstaxen werden von der Kundschaft nicht geschätzt und vermögen den Betrieb nicht zu beleben. Sie werden als selbstverständlich hingenommen, während umgekehrt ein Aufschlag im gleichen Ausmass sofort Kritiken auslöst. Ohne hier auf diesen Abbau näher einzutreten, glaube ich doch heute schon sagen zu dürfen, dass er sich zur Hauptsache im Abbau der Abonnementstaxe, d. h. der Grundtaxe, auswirken dürfte. Wir müssen darnach trachten, das Telephon auch den weniger bemittelten Klassen zugänglich zu machen, damit es als Gemeingut der gesamten Bevölkerung immer mehr an Durchschlagskraft gewinnt. Das Telephon in jedem Haus, wie das von der Pro Telephon in den Propagandaschriften immer wieder betont wird, ist vielleicht noch ein wenig verfrüht, aber die Verwaltung hat alles Interesse daran, durch verbilligte Taxen diesem Ziele näher zu kommen.

Meine Herren, benützen Sie immer mehr das Telephon, das Ihnen als treuer, unermüdlicher Diener

Tag und Nacht zur Verfügung steht. Das Telephon, dieses ausgezeichnete Verständigungsmittel, das die ganze Welt erobert hat, soll als Weltfaktor immer mehr in das Geschäftsleben eindringen und dazu beitragen, die ganze Weltwirtschaft wieder in gesündere Bahnen zu lenken, indem es Völker und Menschen einander näher bringt. Die frühere Schwachstromtechnik und speziell der Nachrichtendienst des abgelaufenen Jahrhunderts gehören bereits dem goldenen Zeitalter an, das die Ausbreitung des gesprochenen Wortes über Raum und Zeit verwirklicht hat. Aber dieses goldene Zeitalter ist noch nicht zu Ende, und wenn wir die Zukunftsmöglichkeiten betrachten, so müssen wir feststellen, dass es erst begonnen hat. Wir müssen unsere Gedanken und Bemühungen noch mehr auf die Zukunft richten und unsere technischen Einrichtungen stetsfort weiter ausbauen, damit wir mit dem Auslande nicht nur Schritt halten, sondern unserm Lande im Interesse seiner Handelsbeziehungen sogar einen Vorsprung im Wirtschaftsleben sichern können. — Sehen wir der Zukunft mit Optimismus entgegen, nicht mit einem blinden Optimismus, der nur zur Untätigkeit führt, nicht wie Vogel Strauss, der bei Gefahr den Kopf in den Sand steckt, sondern mit einem Optimismus, der alle Hindernisse, die da kommen mögen, überwindet, einem Optimismus, der uns die Kraft gibt, gewisse Unannehmlichkeiten ohne Murren zu ertragen, der uns im Glauben an eine bessere Zukunft stärkt und uns nicht müde werden lässt, der Ungunst der Zeit mit grösster Ruhe die Stirne zu bieten. Denn auf die Dauer wird in dieser Welt der Nervosität und wilden Agitation nur *der* Erfolg haben, der seine innere Ruhe bewahrt. Solche Ueberlegungen setzen voraus, dass man mit Zuversicht in die Zukunft schaut. Wer kleinmütig ist, wird auch nichts wagen, und wer nichts wagen will, schaufelt unserer Wirtschaft, die trotz Krieg wirtschaftlich und industriell nicht stillsteht, sondern sogar noch rascher als bisher weiterschreitet, das Grab. Nur dem Mutigen eröffnet sich die Welt, und das soll auch in Zukunft die Richtlinie der Verwaltung in Verbindung mit der Pro Telephon sein.

Verschiedenes — Divers.

Schaden durch Vergesslichkeit. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen von den Benützern öffentlicher Telephone Portemonnaies, Brieftaschen oder andere Gegenstände in den Kabinen liegen gelassen werden. Leider geraten diese oft nicht unbedeutenden Wertgegenstände meistens in die Hände unehrlicher Finder, die sich nicht darum kümmern, wie schwer der Verlust im Einzelfall den Verlierer trifft. Die Zürcher Stadtpolizei erlässt daher einen Aufruf und bittet um Unterstützung in diesem Kampf gegen Vergesslichkeit einerseits und Unehrlichkeit anderseits. Lieber etwas kürzer telefonieren, als die Kabine gedankenlos und hastig verlassen. Kontrolliere dich selbst mit der Frage: „Hani alles?“ Und du, der du in einer Kabine etwas findest, denke daran, wie viel Sorge deine Unehrlichkeit verursacht. Zudem handelt es sich in diesen Fällen nicht um eine blosse Fundunterschlagung, sondern um Diebstahl.

(Andelfinger Zeitung.)

Monsieur Rodolphe Stadler, président de Pro Téléphone, docteur honoris causa de l'Université de Lausanne.

Le 6 mai 1943, l'Université de Lausanne a conféré à Monsieur Rodolphe Stadler, directeur général des câbleries et tréfileries de Cossonay et chef de la section des métaux de l'office de guerre de l'industrie et du travail, le grade de docteur ès sciences commerciales honoris causa en témoignage de reconnaissance pour



son activité créatrice et féconde. Nous nous réjouissons d'autant plus de l'honneur qui échoit à Monsieur Stadler que celui-ci, malgré l'importance de ses occupations, fait, depuis de nom-